

mitarbeiten 04/2018

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Fachtagung



Integration braucht demokratische Teilhabe

Die Integration von Migrant/innen und Geflüchteten in Deutschland ist nur dann erfolgreich, wenn sie auch durch deren demokratische Teilhabe und politische Partizipation flankiert wird: Dies ist das zentrale Ergebnis einer Fachtagung der Stiftung Mitarbeit, die Mitte Oktober 2018 in der Berliner Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung stattgefunden hat. Mehr als einhundertsechzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten zwei Tage lang engagiert und intensiv, wie Demokratie in der Einwanderungsgesellschaft gelingen kann.

Migrantinnen und Migranten wie auch Geflüchtete sind Teil der vielfältigen Gesellschaft in Deutschland – unabhängig davon, ob sie schon lange hier leben, erst vor kurzem gekommen sind oder sich nur für einen begrenzten Zeitraum hier aufhalten. Deren Integration bedeutet nicht nur Nothilfe, Zugang zu Arbeit oder Spracherwerb; Flüchtlinge und Migrant/innen wollen sich in ihrer neuen Heimat Deutschland auch politisch und gesellschaftlich beteiligen. Folgerichtig rückte die Berliner Tagung die Partizipation und das Engagement von und mit Flüchtlingen und Zugewanderten in den Mittelpunkt der Diskussionen.

Zum Einstieg in die Veranstaltung stellte der Magdeburger Politikwissenschaftler und Demokratieexperte Roland Roth die Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Gelingensfaktoren vor, unter denen sich Integration durch Engagement und Partizipation vollziehen kann.

Für repräsentative und direktdemokratische Formen der politischen Teilhabe konstatiert Roth, dass sie für die etwa 6 Mio. Menschen, die ohne deutschen Pass in Deutschland leben und die aus Staaten außerhalb der Europäischen Union kommen, kaum eine Rolle spielen, da sie in der Regel nicht wählen dürfen – eine Ausnahme bilden nichtdeutsche EU-Bürger/innen bei Kommunal- und

EU-Wahlen. Erst mit der deutschen Staatsbürgerschaft erhielten Zugewanderte »volle politische Rechte«. Damit stünden laut Roth die beiden »einflussreichsten, mit unmittelbaren oder mittelbaren Entscheidungsmöglichkeiten verbundenen Formen der politischen Partizipation für Zugewanderte nicht oder nur sehr eingeschränkt« zur Verfügung. Die damit verbundene Repräsentationslücke führe dazu, dass die besonderen Interessen von Zugewanderten mit »Ignoranz im politischen Betrieb« zu rechnen hätten. Insgesamt leben in Deutschland knapp 11 Mio. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Besser sieht es für Roth bei dialogischen Formen und Formaten demokratischer Teilhabe aus. Auch wenn diese in der Regel nicht mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet seien und »nur wenig direkten politischen Einfluss« erzielten, würden sie doch »für mehr Sichtbarkeit und öffentliche Interessenwahrnehmung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im vorpolitischen Raum« sorgen, weil sie »leichter zugänglich und nicht an den Staatsbürgerstatus gebunden sind, sondern nur den Einwohnerstatus voraussetzen«.

Dr. Peymann Javaher-Haghighi, stellvertretender Vorsitzender des NeMO-Bundesverbands, wies in seinem Impulsvortrag zudem darauf hin, dass Deutsche mit Migrationshintergrund in Regierungsämtern, Parlamenten und Parteien »deutlich unterrepräsentiert« seien. Demnach haben aktuell beispielsweise lediglich 8,2 Prozent der Abgeordneten des Deutschen Bundestages einen Migrationshintergrund, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung laut Statistischem Bundesamt bei etwa 23,4 Prozent liege. Ähnlich schlechte Werte gibt

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Integration braucht demokratische Teilhabe«

es auch auf Ebene der Landtage (4,5 Prozent) und Kommunalparlamente (4 Prozent). Hier sei zukünftig eine noch stärkere »interkulturelle Öffnung von Parteien, Verwaltungen und Institutionen« nötig.

Dennoch spielen gerade Kommunen für die zukünftige Integrations- und Beteiligungskultur eine besondere Rolle. Zu den Mut machenden Erfahrungen der letzten Jahre gehört, dass sich eine wachsende Zahl von Kommunen »verstärkt um die politische Integration von Zugewanderten kümmern« und sie »sehr selbstverständlich und wo immer möglich an den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligen«. Die Fluchtzuwanderung der letzten Jahre habe vielerorts zur Ausprägung von »Bürgerkommunen« geführt, in denen in »kollaborativen Netzwerken mit Rat und Verwaltung Politik unabhängig vom Bürgerstatus gestaltet« werde. Die Praxis vor Ort zeige darüber hinaus, dass Kommunen in Integrationsfragen offensichtlich dann am erfolgreichs-

ten sind, wenn sie die neu Zugewanderten nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung sehen können, so Roth.

Dieser Paradigmenwechsel, die »Abkehr von der Problemdebatte hin zu einer Ressourcenorientierung«, sei lange überfällig, ergänzt Javaher-Haghighi. Genauso wichtig sei es überdies, die Zugewanderten fit zu machen für die demokratischen Werte und Normen der Aufnahmegesellschaft.

Beide Referenten waren sich darin einig, dass der Umgang mit Menschen auf der Flucht und mit Migrant/innen zu einer »zentralen Konfliktachse« der Demokratie geworden sind und dass eine »Zivilisierung des Konflikts« unabdingbar sei, wenn demokratische Verhältnisse erhalten werden sollen. Im Interesse der Zugewanderten und mehr noch im Interesse einer demokratisch und menschenrechtlich orientierten Mehrheitsgesellschaft gelte es, »einer weiteren Polarisierung entgegenzuwirken«.

Wie vor diesem Hintergrund ein konstruktiver Umgang mit Konflikten in der Kommune gelingen und wie demokratiefeindlichen Strömungen begegnet werden kann, zeigten im weiteren Verlauf der Tagung Bettina Lobenberg und Hagen Berndt vom Forum Ziviler Friedensdienst sowie Tahera Ameer und Enrico Glaser von der Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen praxisnaher Workshops. Weitere Themen waren das Empowerment, die Selbstorganisation und die politische Interessenvertretung von Geflüchteten und Migrant/innen, zudem wurden gute Beispiele lokaler und regionaler Netzwerke zur Integration, beispielsweise aus Mecklenburg-Vorpommern, vorgestellt.

Einen Rückblick auf die Tagung mit einer Auswahl der Vorträge, thematischen Inputs und Beiträgen aus den Workshops und Themenwerkstätten findet sich im Netz unter https://www.mitarbeit.de/veranstaltungen/rueckblick/integration_und_teilhabe/tagung_integration_2018

Aktualisierte Neuauflage

Handbuch Aktivierende Befragung: Tipps für die Praxis

Die Aktivierende Befragung ist eine Methode, die in der Gemeinwesenarbeit entwickelt wurde. Die Menschen eines Wohngebiets oder Stadtteils werden nicht nur nach ihren Meinungen und Einstellungen befragt, sondern gleichzeitig dazu angeregt, aktiv zu werden, für ihre Interessen einzutreten und bei der Lösung von Problemen im Gemeinwesen mitzuwirken. Die Autorinnen und Autoren der überarbeiteten und aktualisierten Publikation werfen einen Blick in den Methodenkasten und geben zahlreiche Tipps und Anregungen für die Praxis.

Eine Aktivierende Befragung ist kommunikatives Handeln und unterscheidet sich damit grundlegend von anderen Umfrageformen, die ausschließlich der Datenerhebung dienen. Sie ist ein wertvoller Beitrag zur Demokratieentwicklung von unten, weil sie sich vor allem an jene Gruppen richtet, die bei anderen Beteiligungsprozessen zu kurz kommen oder nicht beachtet werden. Durch die Einbindung von Menschen, die nicht selten

am Rand der politischen Arena stehen, gelingt es der Aktivierenden Befragung als aufsuchende Form der Beteiligung, wichtige und häufig fehlende Perspektiven zur Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens vor Ort sichtbar zu machen.

Maria Lüttringhaus und Hille Richers, die beide über langjährige Erfahrungen in der Praxis der

Gemeinwesenarbeit verfügen, werfen zunächst einen Blick in die Geschichte und auf die Entstehung der Methode. Nach einer Diskussion ihrer Möglichkeiten und Grenzen geben beide einen fundierten Einblick in den Methodenkasten mit zahlreichen Tipps und Anregungen für die Durchführung. Die vielfältigen Praxisbeispiele und Erfahrungsberichte weiterer Autorinnen und Autoren decken ein breites methodisches Spektrum ab und zeigen die Vielfalt der Anwendungsfelder auf. Im Anhang finden sich zudem aktualisierte Arbeitsmaterialien, Literaturhinweise und Internettipps.

Maria Lüttringhaus/Hille Richers: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn 2019 (4. aktualisierte Auflage), Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 29, 260 S., 10,00 Euro, ISBN 978-3-928053-82-2, Vorbestellungen sind ab sofort möglich über www.mitarbeit.de



Runder Tisch: Möbelstück mit Zukunft

Dialogorientierte Beteiligungsverfahren werden für die Konflikt- und Problemlösung politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen immer wichtiger. In der öffentlichen Wahrnehmung steht das Modell des Runden Tisches für einen auf Konsens und Verständigung angelegten diskursiven Politikstil. Eine Publikation der Stiftung Mitarbeit beleuchtet die Funktionen und Erfolgsfaktoren Runder Tische.

Erfährt ein umstrittenes Thema öffentliche Aufmerksamkeit, wird vielerorts der Ruf nach einem Runden Tisch laut. Das Bild vom Runden Tisch als Organisationsform bürgerschaftlichen Engagements löst gemeinhin positive Assoziationen aus: hierarchiefreie Sitzordnung, gleichberechtigte Teilhabe, kommunikatives Miteinander, gemeinsames sach- und lösungsorientiertes Arbeiten.

Doch in der Praxis allein auf die Kraft des Bildes und die Organisationsform zu vertrauen, reicht nicht

aus. Auch ein Runder Tisch bedarf einer Struktur, die sein Potenzial zur Entfaltung bringt.

Die im Auftrag der Breuninger Stiftung erstellte Studie des Genfer Global Public Policy Institute zeigt die Erfolgsfaktoren auf, die zum Gelingen eines Runden Tisches beitragen. Das Fazit der Autor/innen: Die häufige Anwendung von Runden Tischen ist nicht zwangsläufig ein Gradmesser für mehr Demokratie.

Runde Tische sind weder ein Allheilmittel für die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit, noch ist die Organisationsform selbst ein Erfolgsgarant. Bewusst eingesetzt und methodisch klug gestaltet, bietet er jedoch die Chance, die Ergebnisqualität und die Legitimation kommunaler Entscheidungen zu erhöhen, Konflikte dialogorientiert zu regulieren oder zu vermeiden sowie sektorübergreifend kommunales soziales Kapital aufzubauen und zu nutzen.



Kristina Thomsen/Julia Steets/Bidjan Nashat: Runde Tische erfolgreich durchführen. mitarbeiten.skript Nr. 05, Bonn 2016 (2. Auflage), 48 S., 5,00 Euro, ISBN 978-3-941143-06-7, zu beziehen über den Buchhandel oder unter

www.mitarbeit.de

Ausgezeichnet! Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hatte zusammen mit dem Umweltbundesamt den »Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung« ausgelobt. Gesucht wurden vorbildliche Bürgerbeteiligungsprojekte aus dem ganzen Bundesgebiet. Nun stehen die vier Gewinnerprojekte fest. Die Stiftung Mitarbeit wirkte in der interdisziplinär zusammengesetzten Preisjury mit.

Im Rahmen einer Fachtagung wurden im November 2018 die vier Gewinnerprojekte des Wettbewerbs ausgezeichnet. Durch eine Experten- und Bürgerjury waren diese Projekte aus 160 Bewerbungen und 12 nominierten Projekten ausgewählt worden. Das Spektrum der Wettbewerbsbeiträge reichte von Spielplatzplanungen über die Erarbeitung von kommunalen Leitbildern bis hin zur Beteiligung bei Gesetzesentwürfen.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf wurde für seinen »Bürgerdialog Biodiversität« mit einem der vier Preise ausgezeichnet. Der Landkreis nahm den Bottom-up-Ansatz der

hessischen Biodiversitätsstrategie auf und beteiligte Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung. Der Biodiversitätsdialog ist als dauerhafter Prozess angelegt, der konkrete Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität sowie der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit erarbeiten soll.

Ein weiterer Preis ging an die mittelfränkische Stadt Gunzenhausen für ihre Bürgerbeteiligung im Rahmen des kommunalen Hochwassermanagements. Ziel der Beteiligung war es, eine für alle akzeptable Lösung für den Hochwasserschutz zu finden. Das Verfahren führte zu einem im Vorfeld nicht erwarteten Ergebnis: statt einer Hochwasser-

schutzmauer oder der Anschaffung mobiler Hochwasserschutzsysteme wurde die Altmühl wieder in ihr ursprüngliches Flussbett verlegt, das 50 Jahre zuvor begradigt worden war. Die Stadt schuf so einen Erholungs- und Freizeitraum, in den der Hochwasserschutz kaum wahrnehmbar eingebettet ist.

Den Sonderpreis des Wettbewerbs für besonders innovative Ansätze der Bürgerbeteiligung erhielt die Stadt Halle an der Saale für ein von Bürgerinnen und Bürgern partizipativ erarbeitetes Quartierskonzept für den Stadtteil Freimfelde. Ausgehend vom Engagement der Anwohnerinnen und Anwohner erlebt das Viertel seit einigen Jahren einen positiven Wandel und Aufschwung, der das ehemals verfallende Quartier mit neuem Leben füllt. Zudem wurde das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg für seine Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung am integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK) ausgezeichnet.

Ausführliche Informationen zu allen nominierten Projekten im Netz unter <https://tinyurl.com/y7fwkzxx>

Schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen in Beteiligungsprozesse einbeziehen

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteure, um ihrem Anspruch nach demokratischer Mitgestaltung gerecht zu werden. Doch die Realität zeigt, dass (kommunale) Beteiligungsangebote oftmals bestimmte Akteursgruppen nicht erreichen. Dies stellt insbesondere für die Responsivität staatlichen und kommunalen Handelns eine große Herausforderung dar, bleiben doch wichtige Perspektiven im politischen und demokratischen Aushandlungsprozess unberücksichtigt.

Doch wie kann es gelingen, Menschen zu erreichen, denen die Beteiligung nicht »nahe liegt« und die

unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren? Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars »Alle im Boot?!« (29.–30. März 2019 in Kassel). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer reflektieren die eigene Praxis und identifizieren Verbesserungsmöglichkeiten in ihrem Handlungsfeld. Das Seminar richtet sich an Gestalter/innen von Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Save the date: Evangelischer Kirchentag 2019

Unter dem Motto »Was für ein Vertrauen« findet im kommenden Jahr in Dortmund der 37. Deutsche Evangelische Kirchentag (19.–23. Juni 2019) statt. Die Stiftung Mitarbeit ist wie in den Vorjahren mit einem eigenen Stand im Markt der Möglichkeiten des Kirchentags (Themenbereich 4 »Gesellschaft

und Bildung«) vertreten. Sie lädt alle bürgerschaftlich engagierten Menschen ein, sich dort über die verschiedenen Themen- und Arbeitsfelder der Stiftung zu informieren.

Nähere Informationen bei Ulrich Rüttgers (ruettgers@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Werkstatt Vielfalt. Projektwerkstatt 2018 Die Verantwortlichen der geförderten Vorhaben hatten im September 2018 in Erfurt zum fünften Mal die Gelegenheit, sich im Rahmen der Projektwerkstatt zum Förderprogramm »Werkstatt Vielfalt« zu vernetzen und zu qualifizieren. Expertinnen und Experten vermittelten in drei Workshops Know-how zu nachhaltiger Vereinsentwicklung, zu Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising. Das Förderprogramm wird von der Stiftung Mitarbeit in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung durchgeführt. Nächster Antragschluss ist der 15. März 2019. Mehr Informationen im Netz unter www.mitarbeit.de/foerderung_projekte/werkstatt_vielfalt

Seminare

Bestellseminare 2019

Neben den allgemein ausgeschrieben Seminaren bietet die Stiftung Mitarbeit sogenannte »Bestellseminare« an. Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Initiativen, die sich als Gruppe allein oder gemeinsam mit anderen Initiativen derselben Region oder desselben Handlungsfelds weiterqualifizieren wollen, können ein entsprechendes Tages- oder Wochenendseminar in der Bundesgeschäftsstelle »bestellen«. Das Seminar wird speziell auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten. Es können sowohl ganze Seminare als auch einzelne Bausteine oder Elemente gebucht werden, beispielsweise zur Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune, zur Freiwilligenkoordination und erfolgreichen Projektplanung oder zum Konfliktmanagement in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen. Eine Übersicht aller Angebote im Netz unter www.mitarbeit.de/veranstaltungen/bestellseminare/.

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Monika Kunz
(Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
IBAN DE69 3806 0186 2010 540 14
BIC GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesministerium des Innern gefördert.